

Ostdeutschland, Polen und der sog. Deutsche Bundestag

Thomas Engelhardt

bringt dankenswerterweise hier einmal Zahlen und Tatsachen in Zusammenhang mit den aus den deutschen Ostgebieten vertriebenen Deutschen, ihrer seit Jahrhunderten ihnen gehörenden deutschen Heimat.

Die im Reichstag sitzenden Volksverräter, die sich heute Abgeordnete des BRD-Bundestages nennen, haben ein neuerliches Schauerstück zu verantworten.

Am 30.10.2020 wurde ein von allen Systemparteien eingebrachter Antrag angenommen:

Der sog. Bundestag nahm einen gemeinsamen Antrag der Systemparteien CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/die Grünen mit dem Titel an:

„Mit einem Ort des Erinnerns und der Begegnung dem Charakter der deutsch-

polnischen Geschichte gerecht werden und zur Vertiefung der besonderen bilateralen Beziehungen beitragen“. [1]

Man wundert sich über solche Beschlüsse wie den vom 30. Oktober. Aber weshalb ist das so? Die politische Klasse Bundesdeutschlands ist letztlich Produkt der Erziehung und der Bildungspolitik der vergangenen Jahrzehnte.

Und bei genauerer Betrachtung erweist sich diese BRD als staatsähnliche Selbstverwaltungsorganisation unter der Kontrolle und Aufsicht der Siegermächte des II. Weltkrieges.

Bereits 2019 wurde vom sog. Wissenschaftlichen Dienst des sog. Deutschen Bundestages ein Pamphlet unter dem Titel „Deutsche Minderheiten in der Zwischenkriegszeit“ veröffentlicht, das die geschichtlichen Abläufe in grotesker Weise verzerrt, Fakten verschweigt und historische Tatsachen unterdrückt. [2]

Es muß in diesem Zusammenhang immer wieder an die Ereignisse der Zwischen-kriegszeit (1919- 1939) erinnert werden.

„Bei der Verlängerung des Waffenstillstands am 16. Februar 1919 in Trier wurde eine Demarkationslinie festgelegt. Mit der Bekanntgabe der Friedensbedingungen am 7. Mai 1919 in Paris stand die Übergabe fast der gesamten Provinz Posen an Polen am 10. Januar 1920 fest.“ [3]

Dem war eine den Umständen angepaßte freiwilliger Abwanderung zehntausender Deutscher voraus gegangen.

„Bis zur offiziellen Übergabe der Provinz an Polen verließen zwei Drittel der Deutschen die Provinz. Die Internierung zahlreicher deutscher Führungspersönlichkeiten, Entlassungen der Beamten, Boykottmaßnahmen und das Verhängen des Ausnahmezustandes am 2. Juni 1919 verstärkten noch die Verunsicherung der deutschen Bevölkerung.“ [3]

„Die rasche Durchsetzung der polnischen Sprache im öffentlichen Bereich, der bis Juni 1920 dauernde Ausnahmezustand, die drohende Einberufung in die polnische Armee angesichts des polnisch-

sowjetischen Kriegs, publizistische Hetze, antideutsche Stimmung in der polnischen Gesellschaft, Druck der lokalen Administration, Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, Einwanderung aus Kongreßpolen, Auswanderung der Nachbarn, der Geschäftspartner und Kunden führten zu einer Massenauswanderung im Sommer und Herbst 1920.“
[3]

Mit dem Inkrafttreten des Versailler Zwangsvertrags am 20.01.1920 wurden die durch Polen bereits militärisch besetzten Gebiete annektiert (Grundlage war das Versailler Friedensdiktat v. 28.06.1919). Bereits im Januar 1920 setzten die Schließungen deutscher Schulen, das Verbot deutscher Organisationen, Verbände und Organisationen ein.

„Schon zu einem frühen Zeitpunkt schwächte Polen durch eine Reihe von Boykottmaßnahmen die urbane deutsche Bevölkerung und entfernte die deutsche Sprache aus der Verwaltung und deutsche Beamte aus dem öffentlichen Dienst.“ [4]

„Zwischen 1919 und 1921 kam es in Posen und den an Polen gefallen Teilen Westpreußens zu einem – obgleich nicht durch staatliche Maßnahmen provozierten, wohl aber vom polnischen Staat begrüßten – Exodus der Deutschen, der den Umfang der Minderheit dramatisch zurückgehen ließ. Die Lage der deutschen Minderheit verbesserte sich auch nicht, als im Mai 1926 Marshall **Józef Piłsudski putschte und Polen von einer parlamentarischen Demokratie in ein autoritäres Regime überführte.**

Entgegen der ursprünglich von der deutschen Minderheit gehegten Hoffnung verschärfte sich in der Ära Piłsudski die polnische Nationalitätenpolitik: Polen ging nach dem Urteil des Bonner Historikers **Albert Kotowski nunmehr von einer ‚planlosen‘ zu einer ‚planmäßigen Ent-deutschung‘ seiner westlichen Landteile über, in deren Zuge insbesondere durch einen Wandel der Bodenbesitzverhältnisse versucht wurde, den Revisionsansprüchen des Deutschen Reiches die Grundlage zu entziehen.“ [5]**

Bereits in diesem einleitenden Textabschnitt wird unter der Überschrift „Zusammenfassung“ die übliche bundesdeutsche Geschichtsklitterung betrieben.

Da diese von Angehörigen der bundesdeutschen Bildungs- und Funktionselite (will heißen Angehörigen der politischen Klasse, der Nomenklatura) betrieben wird, muß Vorsatz, nicht etwa Fahrlässigkeit mangels Wissen bzw. fehlende Kenntnis der gegebenen historischen Zusammenhänge unterstellt werden.

Denn die Entdeutschungspolitik des neuen polnischen Staates in den deutschen Siedlungsgebieten basierte auf dem Prinzip der Drangsalierung, der brutalen Verdrängung, der Rechtlosigkeit, der offenen Verfolgung und des Terrors.

Als Beispiel soll Graudenz (Westpreußen) genannt werden. 1918 hatte Graudenz etwa 40.000 Einwohner, davon 35.000 Deutsche und 5.000 Polen.

Die in den ab Januar 1920 polnisch gewordenen Gebieten lebenden Deutschen for-

dernten eine Angliederung ihrer Heimat an Deutschland, so auch in Graudenz.

Nach einer Protest- und Plakataktion am 1. Mai 1920 griff die neue polnische Verwaltung brutal und unbarmherzig durch.

Anfang Mai erfolgte die Verhaftung von 25 Verdächtigen (Mitglieder der USPD und örtliche Gewerkschaftsfunktionäre). Von diesen wurden 17 als Rädelsführer identifizierte Aktivisten nach Thorn überstellt, am 25.05.1920 von einem Standgericht abgeurteilt und noch am gleichen Tage standrechtlich erschossen.

Es darf angenommen werden, daß dieser Vorgang sich heute „links“ gerierenden Genossen der Partei „Die Linken“ unbekannt ist.

Völlig anders, als es die Bundestags-Drucksache heute weismachen will, war der gesamte Prozeß der Vertreibung der Deutschen durch den polnischen Staat von Brutalität, Unbarmherzigkeit, Terror und Verfolgung gekennzeichnet. Nur wird diese historische Tatsache im BRD- Staat negiert und die Fakten werden verdreht.

Nach dem I. Weltkrieg (1918/19) lebten etwa 1,8 Millionen Deutsche in den preußischen Provinzen Posen und Westpreußen [6], davon in den bereits ab 1919 faktisch von Deutschland abgetrennten Gebieten beider Provinzen etwa 1,3 Millionen Deutsche (eine Demarkationslinie und faktische Grenze wurde bereits am 16.02.1919 in Trier bei der Verlängerung des Waffenstillstandsabkommens festgelegt).

Die schlußendliche Übernahme dieser Gebiete durch Polen erfolgte mit dem Inkrafttreten des Versailler Diktatfriedens am 20. Januar 1920.

In neueren, namentlich auch in Veröffentlichungen polnischer Autoren [7] werden diese Zahlenangaben bezüglich der Bevölkerungsverhältnisse jedoch in der Regel verfälscht und minimiert.

Gemäß der polnischen Volkszählung i.J. 1921 wiesen die annektierten Gebiete Posen und Westpreußen noch eine deutsche Bevölkerung von 503.000 auf.

1925 lebten in den annektierten ehem.

deut-schen Provinzen noch 350.000 Deutsche, nach anderen Angaben 1931 370.000 Deut-sche. [8] D.h. innerhalb von fünf Jahren hatten ca. 1 Million Deutsche ihre Heimat verlassen müssen.

Anders als in der vom Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages veröffentlichten Darstellung wurde die erste Vertreibung von Deutschen im 20. Jahrhundert sehr wohl politisch organisiert und durch administrative bzw. gesetzgeberische Maßnahmen des neuen polnischen Staates sogar erst ermög-licht.

Die planmäßige Entdeutschung der Gebiete der ehemaligen deutschen Provinzen Posen und Westpreußen setzte auch keineswegs erst 1926 ein, wie der Text suggeriert. Zu diesem Zeitpunkt war dieser Prozeß vielmehr bereits abgeschlossen, waren etwa 1 Million Deutsche aus ihrer Heimat vertrieben worden.

Im BRD- Staat werden diese Vorgänge vor 100 Jahren tabuisiert, verschwiegen, das Wissen hierüber gezielt unterdrückt. Die Ausarbeitung (Drucksache des Bundestages)

ist hier Beispiel genug.

Im Jahr 1919 lebten noch etwa 1 Mill. Deutsche in den von Polen annektierten deutschen Provinzen Posen und Westpreußen (Anteil = 38,6 % der Gesamtbevölkerung). [9]

Bereits 1921 aber war etwa die Hälfte entweder freiwillig ausgewandert oder wurde bis zu diesem Zeitpunkt vertrieben. Etwa 503.000 waren noch in der Heimat verblieben. [10] Ihre Zahl sank bis 1931 bis auf 370.000 in Posen und Pommerellen. [11]

Bis 1918 waren mit Ausnahme der Stadt Posen alle größeren Städte in den Provinzen Posen und Westpreußen mehrheitlich von Deutschen bewohnt, aber bereits zu Beginn der 1920er- Jahre stellten sie in den Städten nur noch eine kleine Minderheit.

Die folgenden Zahlen sollen diese dramatischen Veränderungen belegen (Vergleich 1910 zu 1925):

Graudenz: 85 % 11 %

Bromberg:	77 %	12 %
Dirschau	62 %	13 %
Thorn:	66 %	6 %
Posen:	41 %	2 %

**Absolutzahlen (Vergleich
Gesamteinwohnerzahl/Deutsche):**

Bromberg 1910: 57.700/46.700 Deutsche –
1925: 56.000/6.700 Deutsche

Dirschau 1910: 15.000/9.300 Deutsche –
1925: 16.250/4.600 Deutsche (lt.
Brockhaus 15. Aufl. Bnd. 4, Lpz. 1929:
2.112 Dt.)

Thorn 1910: 46.000/30.500 Deutsche – 1931:
54.300/3.000 Deutsche (Qu.: Der Große
Brockhaus. 15. Auflage, Band 18, Leipzig
1934)

Graudenz 1910: 40.300/33.500 Deutsche –
1921: 33.500/6.940 Deutsche (Qu.: Der
Große Brockhaus. 15. Aufl. Bnd. 7, Leipzig
1930)

Kulm (Culm) 1895: 10.500/4.500 Deutsche
(Qu.: Neumanns Ortslexikon 1905) 1905:
11.600/1921: 11.700/1.060 Deutsche (Qu.:

Der Große Brockhaus. 15. Auflage, Band 4, Leipzig 1929)

Posen 1905: 136.800/58.500 Deutsche (Qu.: Meyers Großes Konversations-Lexikon. 6. Aufl., Band 16, Leipzig/Wien 1908) 1910: 156.700/65.320 Deutsche (Qu.: Volkszählung 1910) 1931: 248.600/5.000 Deutsche [12]

Anmerkungen:

[1] Bundestag, Drucksache 19/23708, Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN v. 27.10.2020.

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/237/1923708.pdf>[<https://deref-gmx.net/mail/client/H8hV5G81N7o/dereferer/?redirectUrl=https%3A%2F%2Fdip21.bundestag.de%2Fdip21%2Fbtd%2F19%2F237%2F1923708.pdf>]

[2] Deutsche Minderheiten in der Zwischenkriegszeit, Drucksache Wissenschaftliche Dienste, Bundestag Berlin; Fachbereich WD 1: Geschichte, Zeitgeschichte und Politik Nr. 19/23708, Deutscher Bundestag: Berlin, 2009, WD 1 –3000 –093/09.

<https://www.bundestag.de/resource/blob/411708/72a5544c10ee7ae5f13d3aee9badbb80/WD-1-093-09-pdf-data.pdf>[<https://deref-gmx.net/mail/client/VA4sroj84KI/dereferer/?redirectUrl=https%3A%2F%2Fwww.bundestag.de%2Fresource%2Fblob%2F411708%2F72a5544c10ee7ae5f13d3aee9badbb80%2FWD-1-093-09-pdf-data.pdf>]

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2020/kw44-de-deutsch-polnische-geschichte-798198>[<https://deref-gmx.net/mail/client/5>

[RB6VcAF8Lc/dereferer/?redirectUrl=https%3A%2F%2Fwww.bundestag.de%2Fdokumente%2Ftextarchiv%2F2020%2Fkw44-de-deutsch-polnische-geschichte-798198\]](https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2020/kw44-de-deutsch-polnische-geschichte-798198)

[3] aus: Beata Macha, Die Auswanderung der Deutschen aus der Provinz Posen (1918-1925), o.O. 2017

[veröff.

17.10.2017]. <https://phdj.hypotheses.org/917>[<https://deref-gmx.net/mail/client/wdCQj9cN0ns/dereferer/?redirectUrl=https%3A%2F%2Fphdj.hypotheses.org%2F917>] (abgerufen 8.11.2020).

(Beata Macha, Dr. phil., wiss. Mitarbeiterin im Steinheim-Institut).

[4] Deutsche Minderheiten in der Zwischenkriegszeit, S. 10, Anm. 10. Drucksache Bundestag Fachbereich WD 1: Geschichte, Nr. WD 1 –3000 –093/09 v. 31.07.2009.

<https://www.bundestag.de/resource/blob/411708/72a5544c10ee7ae5f13d3aee9badbb80/WD-1-093-09-pdf-data.pdf>[<https://deref-gmx.net/mail/client/VA4sroj84KI/dereferer/?redirectUrl=https%3A%2F%2Fwww.bundestag.de%2Fresource%2Fblob%2F411708%2F72a5544c10ee7ae5f13d3aee9badbb80%2FWD-1-093-09-pdf-data.pdf>]

[5] Zitat aus: NN, Deutsche Minderheiten in der Zwischenkriegszeit, S. 3 'Zusammenfassung'. Bundestags-Drucksache WD-1-093-09, Berlin 31.07.2009; pdf- Datei (abgerufen 8.11.2020): WD-1-093-09-pdf-data.pdf

<https://www.bundestag.de/resource/blob/411708/72a5544c10ee7ae5f13d3aee9badbb80/WD-1-093-09-pdf-data.pdf>[<https://deref-gmx.net/mail/client/VA4sroj84KI/dereferer/?redirectUrl=https%3A%2F%2Fwww.bundestag.de%2Fresource%2Fblob%2F411708%2F72a5544c10ee7ae5f13d3aee9badbb80%2FWD-1-093-09-pdf-data.pdf>]

[6] Provinz Westpreußen 1910: 25.550 km², 1,7 Mill. Einwohner (1 Million Deutsche = 64,5 %, 0,1 Mill. Kaschuben = 6,4 %, 437.000 Polen = 28 %) Provinz Posen 1910: 28.990 km², 2,1 Mill. Einw. (61 % polnisch, 38,4 % deutsch); absolut: 806.000 Deutsche. (Zahlenangaben lt. preuß. Volkszählung i. J. 1910).

[7] Albert S. Kotowski: *Polens Politik gegenüber seiner deutschen Minderheit 1919-1939*, Wiesbaden 1998. Albert Kotowski beziffert z.B. die Zahl der in Posen und Pommerellen (= polnisches Korridorgebiet ab 1919) lebenden Deutschen mit 1.099.321 (= Anteil an der Gesamtbevölkerung von 38,6 %). Dabei beruft er sich auf die preußische Volkszählung von 1910. Vergl. hierzu Anm. 5.

Eine detaillierte Untersuchung für die Auswanderung aus der ab 1922 bestehenden polnischen Provinz Pommerellen legte Marek Stażewski vor. Marek Stażewski: *Zwischen Freiwilligkeit und Abwanderungsdruck. Die Migration von Deutschen aus dem nach dem Ersten Weltkrieg Polen zuerkannten Teil Westpreußens*.

In: *Zwangsmigrationen in Nordosteuropa im 20. Jahrhundert*. Hrsg. von Hans-Jürgen Bömelburg. Nordost-Archiv N.F., Bd. 14, 2005. S. 483–506. (Stażewskis Darstellung des zeitlichen Verlaufs und der Ursachen – administrativer und staatlicher Druck, politische, wirtschaftliche, rechtliche und familiäre Umstände – kann auch weitgehend auf die übrigen von Polen 1919/1920 annektierten deutschen Gebiete übertragen werden.

[8] Zahlenangaben lt. Volkszählung in Polen 1921 bzw. 1931. aus: *Deutsche Minderheiten in der Zwischenkriegszeit*, S.9. 2.2. *Der Exodus der deutschen Minderheit (1919–1921)*

[9] Zahlenangaben aus: Kotowski, Albert S., *Polens Politik gegenüber seiner deutschen Minderheit 1919-1939*, Wiesbaden 1998, S. 52-57.

[10] Die Zahlenangaben beruhen auf polnischen Bevölkerungsstatistiken (polnische Volkszählung 1921). Die von deutscher Seite vorgenommenen Erhebungen weichen von diesen Zahlen jedoch ab. Volkszählungen, die in den Jahren 1926 und 1938/39 von deutschen Minderheitenorganisationen durchgeführt wurden, bezifferten die Gesamtzahl der Deutschen wesentlich höher.

Von deutschen Minderheitenorganisationen wurden im Jahr 1926 rund 1.280.000, im Jahr 1938/39 noch rund 1.030.000 Deutsche

gezählt (allerdings einschl. der ca. 300.000 Deutschen Oberschlesier). Vgl. Heike, Otto, Die deutsche Minderheit in Polen bis 1939. Ihr Leben und Wirken – kulturell, gesellschaftlich. politisch. Eine historisch-dokumentarische Analyse, Leverkusen 1985, S. 164.

[11] Westpreußen wurde infolge des Versailler Diktats in vier Teile zerrissen:

I Danzig (= "Freistaat"), 1.966 km² (1923: 367.000 Einw.)

II Regierungsbezirk Marienwerder, infolge der Volksabstimmung im Frühjahr 1920

III Pommerellen (Korridorgebiet), 1920 polnisch, ab 1922 Woiwodschaft Pommerellen (die polnische Woiwodschaft Pommerellen umfasste mit 16.386 km² ca. 62 % des Gebietes der ehem. Prov. Westpreußen). Das Gebiet wurde mit dem Inkrafttreten des Versailler Zwangsvertrags am 20.01.1920 von Polen annektiert.

IV Grenzmark Posen- Westpreußen (1920 als neue Provinz gegründet, in der die bei Deutschland verbliebenen Restgebiete Posens und Westpreußens zusammengefaßt wurden). 7.695 km² (1925: 332.500 Einw.)

[12] Qu.: Richard Breyer u. Joachim Rogall: Die Deutschen im polnischen Staat. In: Land der großen Ströme. Hrsg. von Joachim Rogall. Berlin: Siedler, 1996. S. 378-408; ebda. S. 380f. Quellen und Literatur: Richard Breyer u. Joachim Rogall: Die Deutschen im polnischen Staat. In: Land der großen Ströme. Hrsg. von Joachim Rogall. Berlin, Siedler, 1996. [S. 378–408]. (Deutsche Geschichte im Osten Europas) Wolfgang Kessler: Die deutsche Bevölkerung Pommerellens und Großpolens nach dem Ersten Weltkrieg (1919 – 1929): Einführung zu Hermann Rauschnings "Die Entdeutschung Westpreußens und Posens." In: Rauschning, Hermann (1887-1982). Die Abwanderung der Deutschen aus Westpreußen und Posen nach dem Ersten Weltkrieg. Ein Beitrag zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen 1919-1929. Essen : Hobbing, 1988. (Nachdruck der Ausg. 1930)

Jochen Oltmer: Deutsche Zuwanderung aus den nach dem Ersten

Weltkrieg abgetretenen Gebieten in Deutschland. In: Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Hrsg. Von Klaus J. Bade, Pieter C. Emmer, Leo Lucassen, Jochen Oltmer. Paderborn, Schöningh und München, Fink 2007. S. 525-529.

Otto Heike: Die deutsche Minderheit in Polen bis 1939. Ihr Leben und Wirken- kulturell, gesellschaftlich, politisch. Eine historisch-dokumentarische Analyse, Leverkusen 1985.

Hermann Rauschning: Die Entdeutschung Westpreußens und Posens: zehn Jahre polnischer Politik. Struckung: Verlag für Ganzheitliche Forschung und Kultur. (Nachdruck der Ausgabe von 1930).

ders.: Die Abwanderung der Deutschen aus Westpreußen und Posen nach dem Ersten Weltkrieg. Ein Beitrag zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen 1919 – 1929, Berlin 1930. (Hobbing: Essen: Hobbing, 1988; Nachdruck der Ausgabe von 1930).

Marek Stażewski: Zwischen Freiwilligkeit und Abwanderungsdruck. Die Migration von Deutschen aus dem nach dem Ersten Weltkrieg Polen zuerkannten Teil Westpreußens.

In: Zwangsmigrationen in Nordosteuropa im 20. Jahrhundert. Hrsg. von Hans-Jürgen Bömelburg. Nordost-Archiv N.F., Bd. 14, 2005. S. 483–506.